Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.50 Mark; bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.40 Mark; bei der Post bezogen vierteljährlich 16.— Mark, monatlich 5.— Mark. Erscheint werktäglich.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 1.— Mark, auswärtige Anzeigen 1.50 Mark, Reklamepetitzeile 3.50 Mark. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm.

Fernsprech-Anschluß Nr. 53. Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. / Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Aue. / Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1066.

Nr. 244 — Dienstag, den 18. Oktober 1921 — 16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Die gestrige Sitzung des interfraktionellen Reichstagsausschusses ist ergebnislos geblieben. Die Frage der Demission des Kabinetts Wirth wurde nicht gelöst und auch in der Steuerfrage konnte eine Einigung nicht erzielt werden.

•

Der Reichswirtschaftsminister hat einen Handwerkerbeirat im Reichswirtschaftsministerium gebildet. Die Mitglieder wurden auf Grund des Vorschlages des interfraktionellen Handwerkerausschusses des Reichstages und des vorläufigen Reichswirtschaftsrates ernannt.

•

Die Täter, die das Attentat auf Stresemann auf dem Lüdenscheider Parteitag der Deutschen Volkspartei verübten, sind verhaftet worden. Es sind im ganzen fünf Personen, die sämtlich eingeschriebene Mitglieder der kommunistischen Partei sind.

Die Genfer Tragikomödie.

Tz. Wenn der Reichstag am kommenden Donnerstag zusammentritt, so findet er sich vermutlich vor der vollendeten Tatsache, daß nach dem Genfer Beschluß des hochwohlweisen Völkerbundsrats eine deutsche Bevölkerung, die 7 Jahrhunderte lang in Freud und Leid zu uns gehört hat, gleich einer Viehherde in das polnische Lager getrieben wird. Wenn der Genfer Beschluß in seinem Wortlaut auch noch nicht bekannt ist, so weiß man doch nunmehr mit ziemlicher Sicherheit aus den 13 Grundsätzen, die ein englisches Blatt in einer Uebersicht über die Entscheidung des Obersten Rates veröffentlicht hat, daß die neue politische Grenzlinie mitten durch das Industriebrieck schneidet. Die wirtschaftlichen Bestimmungen, die zwölf von diesen dreizehn Punkten umfassen, zeigen die ganze ungeheure Verlegenheit, in der sich der Viererrat befunden hat, als er sein salomonisches Urteil fällte. Sie enthalten eine Reihe gerade unmöglicher Bestimmungen, besonders unmöglich dadurch, daß die Entente selber zugesteht, daß sie weder uns noch Polen zur Annahme zwingen kann. Das ist auch der Grund, weshalb sich England und Frankreich noch durchaus nicht darüber einig sind, was zu geschehen habe, wenn einer der beiden Teile die Empfehlungen nicht annehme. In der Tat ist garnicht vorauszusehen, wie wir mit Polen überhaupt zu einer Verständigung gelangen sollen, wenn Polen erst einmal den ihm zugesprochenen Teil Oberschlesiens in Besitz hat. Weiß man doch auf deutscher Seite nachgerade zur Genüge, was von polnischer Vertragstreue zu halten ist. Je mehr man sich bemüht hat, diese dreizehn Grundsätze auszutüfteln, desto mehr Beweise für die Unteilbarkeit Oberschlesiens hat man damit geschaffen. Niemals wird Europa über den ungeheuerlichen Rechtsbruch hinwegkommen, der nun wieder einmal am deutschen Volke begangen werden soll, und wie jetzt in zahllosen Versammlungen im ganzen Reiche Deutschlands Schrei nach Gerechtigkeit die ganze Welt durchdringt, so wird alle Zukunft diesen Schrei gegen die Vergewaltigung von Recht und Vernunft hören müssen, bis dieser schwere Rechtsbruch einst wieder gutgemacht ist.

Die innere Krisis,

die durch die Genfer Entscheidung über Oberschlesien zwangsläufig herbeigeführt wird, tritt bereits deutlich in Erscheinung. Gestern Montag sind die Regierungsparteien zum ersten Mal zusammengetreten, um gemeinsam über den Rücktritt des Kabinetts Wirth zu beraten. Die Meinungen gehen noch auseinander. Einig ist man nur über die Zweckmäßigkeit einer Erweiterung der Koalition in dieser schweren Schicksalsstunde durch die Deutsche Volkspartei. Aber ob ihr Beitritt zum unveränderten Kabinett Wirth erstrebt werden soll, oder erst nach Rücktritt des Reichskanzlers und des Außenministers, die durch den Genfer Beschluß am meisten enttäuscht worden sind, oder ob gar das ganze Kabinett zurücktreten und ein vollständig neues gebildet werden soll, darüber geht der Streit. Die Mehrheitssozialdemokratie gibt sich die größte Mühe, Wirth zu halten. Sie fürchtet von einem neuen Mann eine Rechtsdrehung des Reichssteuerc, eine nationalistische Außenpolitik und eine Aenderung der Steuerpläne zugunsten der Besitzenden. Darum verlangt sie, daß der Reichstag, nicht die Regierung selbst über den Rücktritt des Kabinetts entscheiden soll. Die Demokraten halten den Rücktritt des Kabinetts für unvermeidlich, wollen aber vorher die Frage der Nachfolge geregelt wissen. Das Zentrum hat sich bisher in allen Tonarten ausgeschwiegen. Die Klärung wird hoffentlich bis zum Zusammentritt der Fraktionen am nächsten Donnerstag erfolgt sein.

Reichs- oder Privatbahn?

W. W. Im Reichstag hat seinerzeit der Reichskanzler Dr. Wirth angekündigt, daß die Verkehrsanstalten auf sich gestellt werden sollten, d. h. sie sollen aus dem Reichshaushalt ausscheiden und ihre Einnahmen und Ausgaben gegeneinander abgleichen. Sie hätten also bei ihrer Finanzgebahrung darauf sehen müssen, endlich von den Fehlbeträgen loszukommen. Diese betragen jährlich rund 17 bis 18 Milliarden Mark, die das Reich durch schwebende Schulden decken muß. Indessen ist Dr. Wirths Ankündigung nur eine Ankündigung geblieben. Es hat sich bei näherer Prüfung offenbar herausgestellt, daß die Ausschaltung der Verkehrsanstalten aus dem Reichshaushalt die Verpflichtung des Reiches, für die Fehlbeträge aufzukommen, nicht beseitigt. So einfach ist das Finanzelend bei Post und Eisenbahnen nicht auszuheilen. Dazu gehören die grundsätzliche Umstellung und vor allem ein kaufmännischer Betrieb. Der frühere Eisenbahnminister Breitenbach, der unbestritten als Fachmann ersten Ranges gilt, hat nun angeregt, vor allem die Eisenbahnen durch Umwandlung in einen gemeinwirtschaftlichen Betrieb wieder ertragfähig zu machen, d. h. das Reich bleibt Eigentümer der gesamten Verkehrsanlagen, der Betrieb aber wird dafür geeigneten Unternehmern überlassen. Diese erhalten alle Freiheit, den inneren Betrieb umzuorganisieren. Nur so sei es möglich, die Abdeckung des Fehlbetrages bei der Ausgabenseite zu beginnen. Die Reichsbahnen müssen vor allem von überzähligem Personal entlastet werden. Wenn es nicht gelingt, hier zu einer Wandlung zu kommen, so droht dem gesamten deutschen Verkehrswesen die größte Gefahr. Neue Eisenbahnlinien können überhaupt nicht mehr in Angriff genommen, neue Bahnhöfe nicht mehr gebaut werden. Die verkehrstechnische Unzulänglichkeit der Bahnen zeigt sich heute schon überall. Der Streit darüber, wie weit das Verkehrselend, unter dem wir heute leiden, schon in den Kriegsjahren wurzelt, ist völlig müßig. So wie die Verkehrswirtschaft heute ist, darf sie nicht mehr länger fortgesetzt werden. Nun haben sich allerdings die Präsidenten der Eisenbahndirektionen in einer Versammlung zu München gegen den gemeinschaftlichen Betrieb, d. h. gegen die Verpachtung ausgesprochen. Aber ein anderer Weg ist auch nicht gezeigt worden. So wird die Frage der Privatisierung der Eisenbahnen, die weder finanz- noch verkehrstechnisch ein Rückschritt zu sein braucht, aus der öffentlichen Erörterung nicht verschwinden. Gelingt uns die Reform der Eisenbahnen nicht, so droht der Ausschuß unserer Gläubiger mit Eingriffen, die aus wirtschaftlichen Gründen wie aus Gründen unserer Ehre gleich drückend wären.

Die Lehre der Großberliner Kommunalwahlen.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die vom Oberverwaltungsgericht für ungültig erklärten Wahlen zum Großberliner Stadtparlament sind am letzten Sonntag von neuem vorgenommen worden und haben ein außerordentlich interessantes Ergebnis erbracht. Auf der einen Seite haben die Deutschnationalen einen überraschend großen Zuwachs zu verzeichnen, dem auf der Seite ihrer politischen Antipoden der Unabhängigen und Kommunisten ein ebenso großer oder vielleicht noch größerer Stimmenverlust gegenübersteht. Das dritte besonders kennzeichnende Merkmal ist der Umstand, daß die Mehrheitssozialisten sich im Gegensatz zu den beiden Parteien links von ihnen nicht nur zu behaupten vermochten, sondern, wie die Deutschnationalen, einen sehr starken Gewinn buchen dürfen. Auch die Demokraten schneiden, nach einer Periode dauernder Verluste, mit einem gar nicht so kleinen Erfolg ab, und auch das Zentrum hat seine Position sehr gut gehalten. Dagegen hat die Deutsche Volkspartei manchen guten Mann begraben. Der Rückgang der Stimmen, die für sie in die Wahlurne versenkt wurden, ist vielfach sehr erheblich, und vielleicht ist gerade diese Tatsache — neben so manchen anderen — eine der Haupthandhaben, um das Gesamtergebnis dieser Sonntagswahlen zu beurteilen. Man muß sich nämlich klar machen, daß es sich diesmal nicht um eine minder wichtige kommunale Abstimmung handelte, sondern daß diese Wahlen zum Stadtparlament der Reichshauptstadt aus ganz ausgesprochen allgemeinpolitischen Gesichtspunkten heraus erfolgten. Das ging u. a. schon daraus hervor, daß die Parteien in dem mit sehr großer Schärfe geführten Wahlkampf der letzten Wochen das ganze politische Material ausmünzten, das ihnen die letzte Vergangenheit geliefert hatte. Also der Mord an Erzberger und Gareis, der bekannte Erlaß des Reichspräsidenten, der Schutz der Republik gegen die übernationalistische Wühlarbeit, die Entscheidung des Völkerbundsrates über Oberschlesien und ihre Folgen für die Reparationspolitik, das alles spielte in den Versammlungen der verschiedenen Parteien eine bestimmende Rolle und ließ die direkten lokalen Angelegenheiten, so sehr sie auch immer wieder betont wurden, stärker als in gewöhnlichen Zeiten in den Hintergrund treten. Daraus ergibt sich also, daß der Ausfall der Wahlen für die Gesamtpolitik des Reiches von maßgebender Bedeutung ist. Man denke daran, daß die Sozialdemokratie ihre Wähler gleichzeitig auch mit dem indirekten Aufruf zur Urne sandte, durch ihre Stimmen ein Urteil über den Görlitzer Beschluß und den Zwang zur Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien abzugeben. Der überraschend starke Stimmenzuwachs stellt die deutlichste Antwort auf diese Fragen an den Wähler und Arbeiter dar. Man erinnere sich dabei ferner, daß die Verhandlungen über die Umbildung der Regierung im Reiche auch aus dem Grunde vertagt wurden, weil gerade die Mehrheitssozialdemokratie an der Hand der Berliner Wahlergebnisse erst genauer sehen wollte, wie die Dinge laufen. Es ist daher sehr bezeichnend, daß man die Vermutung ausgesprochen hat, jetzt werde die große Koalition zuerst in Großberlin zur Tat werden. Man sieht also: die Zusammenhänge mit dem Reiche treten immer wieder in Erscheinung.

•

Der Lokalanzeiger faßt das Ergebnis der Berliner Stadtverordnetenwahlen dahin zusammen, daß 840 817 nichtsozialistischen 767 706 sozialistische Stimmen gegenüberstehen. Aus diesem Resultat errechnet das Blatt 118 bürgerliche gegen 106 sozialdemokratische Stadtverordnete. Der Vossischen Zeitung zufolge sind insgesamt 815 000 Stimmen für die drei sozialdemokratischen Parteien und 842 Stimmen für die übrigen Fraktionen abgegeben worden. Der Vorwärts gibt als Gesamtresultat 819 166 sozialistische und 835 753 bürgerliche Stimmen an. Nach der Berechnung der Roten Fahne wird sich das neugewählte Stadtparlament aus 114 bürgerlichen und 111 sozialdemokratischen Stadtverordneten zusammensetzen.

Ausschreitungen der Besatzungstruppen.

Franzosen gegen eine Prozession. — Eine Verhöhnung Deutschlands.

Vor kurzem war durch die deutsche Presse die Meldung gegangen, daß sich französische Soldaten in Homberg-Hohelde schwere Ausschreitungen gegen eine Prozession zuschulden kommen ließen. Die amtliche Nachprüfung ergab, daß am 31. Juli Wallfahrer der Pfarrgemeinde Homberg-Hohelde, ungefähr 300 Männer, Frauen und Kinder, abend gegen 10 Uhr auf dem Marktplatze von französischen Soldaten überfallen wurden. Zunächst wurden einigen Kindern, die bei der Musik mit Fackeln leuchteten, diese entrissen und zerstört. Darauf wurde die Fahne des Jünglingsvereins dem Träger entrissen, auf den Boden geworfen, mit Füßen getreten und der Fahnenstock zerbrochen. Auch alle anderen bei der Prozession mitgeführten Fahnen wurden heruntergerissen und die Wallfahrer geschlagen und mit Seitengewehren bedroht. Selbst der in voller Amtstracht anwesende Geistliche wurde von den Soldaten aufs schwerste bedroht. Die zuständige französische Kommandostelle ist über die Ausschreitungen unterrichtet worden. Soweit bekannt, ist die Untersuchung der Angelegenheit im Gange, die hoffentlich zur schärfsten Verurteilung der Täter führt.

Sie sind die Herren ...

In Kirn an der Nahe genügten den aus Mainz eingetroffenen französischen Truppen die ursprünglichen Unterkunftsräume in Tanzsälen nicht. Sie nahmen das Schulgebäude der Stadt in Besitz. Der Schulunterricht mußte eingestellt werden.

Der Scheiterhaufen der Belgier.

Erst jetzt werden Ausschreitungen belgischer Truppen amtlich bestätigt, die am 14. August in Krefeld vorgekommen sind. Danach marschierten abend gegen 8½ Uhr etwa 70 belgische Soldaten ohne Führer unter dem Rufe Vive la Republique! über den stark belebten Ostwall und belästigten zahlreiche Passanten und Radfahrer, indem sie diese zur Seite stießen. Sie führten eine Strohpuppe, bekleidet mit Drillichanzug und deutschem Infanteriehelm und geschmückt mit deutschen Orden, mit sich. Am Moltke-Denkmal machte die Horde halt, ein Feuer wurde angezündet und die Strohpuppe